

## DEUTSCHLAND

**Steuer-Erhöhung.** Bundesfinanzminister Starke hat eine Erhöhung der Einkommensteuer vorbereitet. Sein Ministerium arbeitete einen aus sieben Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf aus, durch den eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer für den Fall eingeführt werden soll, daß die Verhandlungen mit den Bundesländern über den Ausgleich des Haushaltsdefizits 1962 scheitern. Je nach der Höhe der Deckungslücke wird der Aufschlag auf die Einkommensteuer vier, fünf oder sechs Prozent betragen. Jeweils ein Prozent Ergänzungsabgabe bringt dem Bund 300 Millionen Mark Steuermehreinnahmen. Zur Zeit rechnet Bundesfinanzminister Starke noch mit einem Fehlbetrag von 1,74 Milliarden.

**Wahlanalyse.** Die männlichen Wähler der Bundesrepublik haben sich am 17. September 1961 mit klarer Mehrheit gegen Konrad Adenauer entschieden. Nach einer Analyse der letzten Bundestagswahl durch das Statistische Bundesamt verminderte sich — verglichen mit der Wahl von 1957 — der Anteil der CDU/CSU an den Männerstimmen von 44,6 auf 40,3 Prozent. Der Gesamtanteil von SPD und FDP stieg dagegen von 43,9 auf 53,3 Prozent. Die Mehrheit der Frauen blieb dagegen weiterhin den Christdemokraten treu: 49,6 Prozent (1957: 53,5 Prozent) von ihnen wählten die CDU/CSU. Die Brandt-Sozialdemokraten steigerten ihren Anteil zwar von 28,9 auf 32,9 Prozent und die Mende-Freidemokraten kamen von 7,4 auf 12,2 Prozent, doch erreichten beide Parteien zusammen nur 45,1 Prozent der Frauenstimmen.

**FDP-Kontakts.** Die Bonner Freidemokraten wollen auf eigene Faust Kontakt mit den Sowjets aufnehmen. Der FDP-Fraktionsvorstand hat beschlossen, den sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik, Smirnow, über seine Ansichten zu direkten deutsch-sowjetischen Gesprächen zu befragen, wie sie vom FDP-Chef Mende Ende vorletzter Woche vorgeschlagen worden waren. FDP-Mende denkt dabei an Diskussionen über mögliche Liberalisierungs-Maßnahmen in der DDR. Das FDP-Gespräch mit Sowjetmensch Smirnow über die Zweckmäßigkeit offizieller deutsch-sowjetischer Kontakte ist für das erste Februar-Drittel vorgesehen.

**Verkehrsdelikte.** Fünfzehn Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden zur Zeit wegen Verkehrsdelikte strafverfolgt. Ihre parlamentarische Immunität wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaften vom Parlament aufgehoben. Die verhältnismäßig große Zahl von Verkehrssündern aus

dem Hohen Haus wird damit erklärt, daß die Abgeordneten während des Wahlkampfes häufiger als sonst am Steuer saßen und auch in dieser Zeit angezeigt wurden. Von den 15 Abgeordneten, die jetzt angeklagt werden sollen, gehören vier der CDU/CSU (insgesamt 251 Abgeordnete), drei der SPD (203 Abgeordnete) und acht der FDP (67 Abgeordnete) an.

**Überschuß-Rekord.** Mit 6,8 Milliarden Mark erreichte 1961 der westdeutsche Exportüberschuß den bisher höchsten Stand. Entgegen den Unkenrufen der Industrie, die durch die Mark-Aufwertung des vergangenen Jahres den Export bedroht sah, übertraf die Ausfuhr mit 51 Milliarden Mark das Ergebnis von 1960 um 6,3

Prozent. Die Einfuhr nahm nur um 3,5 Prozent zu und stieg damit auf 44,2 Milliarden Mark.

**OAS in Berlin.** Die französische Regierung forscht in Berlin nach Anhängern der rechtsradikalen Geheimorganisation OAS. Seit Anfang Januar weilt eine Kommission aus Paris in Berlin, um die Aktivität rechtsgerichteter Angehöriger der französischen Armee zu untersuchen. Auf einer Silvesterfeier in Berlins Maison de France hatten französische Offiziere im Beisein des französischen Stadtkommandanten General Lacomme ihre Sympathie für die Ziele der OAS dadurch bekundet, daß sie aus Servietten kleine Trompeten drehten und darauf das OAS-Signal „Al-gé-rie Fran-çaise“ bliesen.

**Karneval.** In Essen konnten die beiden großen Konfessionen ihren Gläubigen keinen einheitlichen Rat zum Karneval erteilen. Die drei evangelischen Superintendenten rieten, „sich vom Karneval fernzuhalten“, weil er „die Trunksucht und den Ehebruch fördert“ und weil wegen der Berlin-Krise das Feiern „nicht angemessen“ sei. Der katholische Ruhrbischof Dr. Hengsbach ließ eine Entschließung verbreiten, in der zwar auch vom „Ernst der Lage“ die Rede ist, die Teilnahme an „Stunden der Freude“ jedoch freigestellt wird.

**Zitate.** „Ihm ist das Wort des heiligen Augustin: ‚Um zu erkennen, muß man zuerst glauben!‘ in die Seele geschrieben.“ (Franz-Josef Strauß über Ludwig Erhard zu dessen 65. Geburtstag.)

„Gesinnungslose Mitläufer, berufsmäßige Nonkonformisten und spießbürgerliche Rückversicherer, die sich ein Alibi bei Ulbricht verschaffen zu können glauben oder sich vorsorglich ein privates Ausweichquartier im Tessen verschaffen.“ (Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel über eine „6. Kolonne“ in der Bundesrepublik, deren „Demaskierung“ er forderte.)

**Hörensagen.** Nach neuestem Bonn-Mot über die abweisende Eigenwilligkeit des Bundesfinanzministers

▷ ist der Starke am mächtigsten allein.

## AUSLAND

**Atom-Verzicht.** Präsident Kennedy hat die Regierungen Englands und Frankreichs aufgefordert, ihre Bemühungen um die Weiterentwicklung eigener Kernwaffen einzustellen. Der Vorstoß des amerikanischen Präsidenten richtete sich gegen Bonn: Ein Verzicht der Briten und Franzosen sollte es Washington erleichtern,

### WOHIN MIT DER LEICHE?

Aus einem Bonner Merkblatt

Das Bundesministerium für Atomkernenergie hat ein Merkblatt über Grundsätze für den Strahlenschutz bei Verwendung radioaktiver Stoffe herausgegeben. Darin heißt es.

Eine mit radioaktiven Stoffen kontaminierte Leiche darf erst bestattet werden, wenn die Aktivität soweit abgeklungen ist, daß unter Berücksichtigung der Einsargung der Leiche und der Zerfallszeit des Radionuklids bzw. der Radionuklide eine Gefährdung der Allgemeinheit nicht bestehen kann. Der Aufsichtsbehörde ist Anzeige zu erstatten, wenn die nach Landesrecht zulässige Frist bis zur Einsargung überschritten werden muß . . .

Eine mit radioaktiven Stoffen kontaminierte Leiche darf erst eingäschert werden, wenn die Aktivität im Körper soweit abgeklungen ist, daß die Abluft des Krematoriums keine höheren als die nach § 34 Abs. 1 der Ersten Strahlenschutzverordnung zulässigen Konzentrationen radioaktiver Stoffe enthalten kann. Eine Urne, die radioaktiv kontaminierte Asche enthält, darf nur so gehandhabt werden, daß Personen keine höhere Dosis als 0,5 rem je Jahr erhalten können . . .

Die Autopsie radioaktiv kontaminierter Leichen darf nur durch beruflich strahlenexponierte Personen durchgeführt werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Einhaltung der höchstzulässigen Dosen (§ 25, insbesondere § 27 — Teilbestrahlung der Hand — der Ersten Strahlenschutzverordnung).



Einen „Schwur der Aggressoren“, verbunden mit einer Ehrenbezeugung, die teils an den Rotfront-, teils an den Faschistengruß erinnerte, legten am Donnerstag letzter Woche die Soldaten der in der Bundesrepublik stationierten dritten amerikanischen Infanterie-Division auf dem Manövergelände bei Hohenfels (Bayern) ab. Dann begannen sie den „Angriff“ gegen die Mitte vergangenen Monats aus

den USA nach Deutschland geflogenen 5000 Soldaten der amerikanischen Heeres-Eingreifreserve (SPIEGEL 3/1962). Traditionsgemäß unterscheiden die Amerikaner bei Manövern zwischen „Aggressoren“ und „Verteidigern“. Um nicht nur militärische, sondern auch psychologische Kriegführung zu proben, haben sich die Manöver-Aggressoren in Auftreten und Taktik dem potentiellen Ernstfall-Feind anzugleichen.

die Forderung von Bundesverteidigungsminister Strauß nach nuklearer Bewaffnung der Bundeswehr abzulehnen. London und Paris wiesen den Vorschlag Kennedys zurück.

Robert („Bobby“) Kennedy nach Europa mit der Begründung abgeraten, der Justizminister habe sich nicht um die Außenpolitik zu kümmern.

raux vorgeschlagen, die sterblichen Reste Rousseaus aus dem Pariser Panthéon im Quartier Latin — in dem auch Voltaire und Victor Hugo zur Ruhe gelegt worden sind — in den Park seines letzten Wohnorts Ermenonville zu überführen. Rousseau („Zurück zur Natur“) sei in der Natur angemessener gebettet als in einer Krypta.

**EWG-Anschluß.** Die kommunistische Tschechoslowakei möchte den Anschluß an den Gemeinsamen Markt nicht verlieren. Noch vor der Aufnahme Österreichs in die EWG will die tschechische Automobilfabrik „Skoda“ eine Filiale in der Alpenrepublik errichten, um auch künftig preisgünstig in den Westen exportieren zu können. Da der EWG-Außenzoll für Autos hoch ist, sollen die Wagen in der österreichischen Niederlassung aus zollgünstigen Einzelteilen montiert werden.

**Hörensagen.** Nach neuestem Washingtoner On-dit

▷ soll US-Außenminister Dean Rusk demnächst durch seinen jetzigen Vertreter George Ball abgelöst werden. Präsident Kennedy ist verärgert darüber, daß sich Rusk an den außenpolitischen Bemühungen des Präsidenten — zum Beispiel seinen Gesprächen mit Chruschtschow-Schwiegersohn Adschubej — uninteressiert zeigt und nur seine eigenen Vorstellungen zur Außenpolitik gelten läßt. So hat Rusk von der bevorstehenden Reise des Präsidenten-Bruders

## KULTUR

**Wendekreis.** Henry Millers notorisch freimütiges Buch „Wendekreis des Krebses“, das 27 Jahre nach seiner Exil-Veröffentlichung im vergangenen Jahr in den Vereinigten Staaten zugelassen wurde und vom Verlag Grove Press vertrieben wird (Druckauflage: 2,5 Millionen Exemplare), ist schon wieder Prozeß-Gegenstand. In mehr als vierzig Fällen wurde Strafanzeige erstattet; vorsorglich ist der Vertrieb des Buches in einigen Städten durch lokale Behörden verboten worden.

**Mann in Havanna.** Die romanthafte Satire von Graham Greene auf den Spionage-Betrieb „Unser Mann in Havanna“, die bereits verfilmt worden war, soll nun auch als Libretto für eine Oper dienen. Den Kompositions-Auftrag erhielt der australische Komponist Malcolm Williamson.

**Rousseau.** Die „Gesellschaft Jean-Jacques Rousseau“ hat dem französischen Kultusminister André Mal-

**Boxer-Aufstand.** Die Erhebung chinesischer Geheimbündler, die von einem europäischen Expeditionskorps im Jahre 1900 („The Germans to the front“) niedergeschlagen wurde, soll zweifach verfilmt werden. Hollywood-Produzent Samuel Bronston plant einen Film mit dem Titel „55 days to Peking“ (Hauptrolle: Charlton Heston); die Berliner CCC Film will das Thema in einer deutsch-italienisch-französisch-englischen Gemeinschaftsproduktion aufbereiten.

**Schmerzlose Injektion.** Ärzte der US-Universität Pennsylvania haben ein Injektionsverfahren erprobt, das für den Patienten völlig schmerzlos ist. Die Mediziner schießen die Medikamente mit Hilfe eines Ultraschallgeräts direkt unter die Haut. Als Vorteil dieser Methode werten die Ärzte, daß die Infektionsgefahr durch unsaubere Kanülen ausgeschlossen wird und selbst schwer lösliche Medikamente gezielt verabfolgt werden können.